

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **21.04.2016** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

17.WP/Rat/033

Beginn öffentlicher Teil: 18:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:07 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:06 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:18 Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Weinel, Olaf

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert - ab TOP 6 -

Birgin, Gurbet

Braun, Hartmut

Brönnemann, Alfred

Bublitz, Werner

Dralle, Karl-Heinz

Ehrhardt, Hans-

Joachim

Fleischmann, Michael

Gersemann, Christiane

Hinz, Gerald

Hunze, Carl

Kaever, Dr. Volkhard

Kizilyel, Sükrü

Knauer, Detlef - ab TOP 5 -

Köneke, Klaus

Kuyucu, Ahmet

Leykum, Maria

Meinig, Birgit

Morich, Hans-Dieter

Neitzel, Beate

Obst, Wolfgang

Peters, Kai

Pilgrim, Adolf W.

Plaß, Barthold - entschuldigt -

Rheinhardt, Michael

Schrader, Karl-Ludwig

Schulz, Kurt-Ulrich

von Oettingen, Gero
Zschoch, Mirco

Verwaltung

Fischer, Andreas
Franke, Marius
Kugel, Michael
Philipps, Lutz
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 18.02.2016
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Mitteilung - Antrag auf Akteneinsicht "Rechtsstreit der Fa. Bruns Immobilien GmbH & Co.KG ./ Stadt Burgdorf"
Vorlage: 2016 1065
- 3.2. Überplanmäßige Aufwendung / Auszahlung für Übernahme eines Angebots zum Spracherwerb für junge Flüchtlinge im Rahmen der Jugendhilfe - Eilentscheidung nach § 89 Satz 1 des NKomVG
Vorlage: 2016 1069
4. Neubildung Verwaltungsausschuss und Bauausschuss
Vorlage: 2016 1094
5. Kommunalwahl 2016; Bildung von Wahlbereichen
Vorlage: 2016 1073
6. Petition zur Aufhebung der Sperrung des Fuß- und Radweges entlang der alten B 3 zwischen Ortsausgang Schillerslage und Alt Engenser Weg
Vorlage: 2016 1074
7. Vorzeitige Entlassung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Otze
Vorlage: 2016 1059
8. Unterbringung von Asylbewerbern/-bewerberinnen und Flüchtlingen in der Stadt Burgdorf;
- Satzungsrecht -
Vorlage: 2016 1093
9. Beendigung der Mitgliedschaft im Klimabündnis und in der Arbeitsgemeinschaft Limnologie und Gewässerschutz
Vorlage: 2016 1030

10. Dialogforum Schiene Nord - Abschlussdokument - Formulierung des Beschlussvorschlags
Vorlage: 2015 1010/1
11. 58. Änderung des Flächennutzungsplans (Kernstadt Südost) - Feststellungsbeschluss
Vorlage: 2016 1057
12. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete die Sitzung um 18.00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er teilte mit, dass Herr Plaß entschuldigt sei und Herr Apel und Herr Knauer später kommen.

Herr Weinel führte aus, dass die vorgesehene Aufzeichnung der Ratssitzung durch den Lokalsender h1 nicht stattfinden, da ein Ratsmitglied damit nicht einverstanden sei.

Mehrere Ratsmitglieder teilten ihr Unverständnis darüber mit, da Ratsmitglieder in der Öffentlichkeit stünden. Es wurde angeregt, für den zukünftigen Rat die Möglichkeit der TV-Berichterstattung einzuräumen und zu regeln.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Fassung beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 18.02.2016

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 18.02.2016 wird genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

I. Herr Weinel

I.1 Es sind keine Vorschläge für die Verleihung der Bürgermedaille eingegangen. Der für die Verleihung vorgesehene Termin am 26.05.2016 bleibe als Sitzungstermin für den Rat bestehen und werde nur inhaltlich abgesetzt.

I.2 Am 11.09.2016 findet die Kommunalwahl statt. Der bisherige Rat besteht bis zum 31.10.2016, der Rat der 18. Wahlperiode wird in der Sitzung am 03.11.2016 konstituiert.

**3.1. Mitteilung - Antrag auf Akteneinsicht "Rechtsstreit der Fa. Bruns Immobilien GmbH & Co.KG ./ Stadt Burgdorf"
Vorlage: 2016 1065**

Ergänzende Fragen wurden nicht gestellt.

**3.2. Überplanmäßige Aufwendung / Auszahlung für Übernahme eines Angebots zum Spracherwerb für junge Flüchtlinge im Rahmen der Jugendhilfe - Eilentscheidung nach § 89 Satz 1 des NKomVG
Vorlage: 2016 1069**

Der Rat der Stadt Burgdorf nimmt die überplanmäßige Aufwendung / Auszahlung zur Kenntnis.

**4. Neubildung Verwaltungsausschuss und Bauausschuss
Vorlage: 2016 1094**

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

A Die Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses (Anlage 1 des Protokolls) wird festgestellt.

B Die Zusammensetzung des Bauausschusses (Anlage 2 des Protokolls) wird festgestellt.

**5. Kommunalwahl 2016; Bildung von Wahlbereichen
Vorlage: 2016 1073**

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Für die Kommunalwahl am 11.09.2016 bildet das Gemeindegebiet einen Wahlbereich.

6. **Petition zur Aufhebung der Sperrung des Fuß- und Radweges entlang der alten B 3 zwischen Ortsausgang Schillerslage und Alt Engenser Weg**
Vorlage: 2016 1074
-

Herr Fleischmann bezog sich auf das Schreiben eines Bürgers und rügte, dass eine Beratung im Ortsrat nicht stattgefunden habe. Er beantragte daraufhin die Überweisung in den Ortsrat Schillerslage.

Herr Schrader unterstützte die Ausführungen von Herrn Fleischmann und sprach sich ebenfalls für die Beratung im Ortsrat aus. Er empfahl die Entfernung der Baken und die Aufstellung von Hinweisschildern „Schlechte Wegstrecke“ sowie „Kein Winterdienst“.

Herr Schulz führte aus, er halte die Aufstellung von Hinweisschildern nicht für erforderlich, da der Radweg in Ordnung sei. Der Radweg wurde im Zusammenhang mit dem Ausbau der B3 hergestellt. Hinter der Bake Richtung Otze werde er in alter Form weitergeführt. Er teilte die Annahme, dass die Straßenbauverwaltung zuständig sein könnte, da der Radweg parallel zur Bundesstraße verlaufe. Da noch Klärungsbedarf bestehe, stelle auch die WGS den Antrag auf Überweisung in den Ortsrat Schillerslage. Er bat um Klärung, ob der Winterdienst bis zum Containerplatz erfolge.

Frau Vierke wies darauf hin, dass die Petition (§34 NKomVG) entsprechend den verfahrensrechtlichen Vorschriften für den Rat ausgezeichnet wurde.

Herr Peters erinnerte daran, dass dieses Thema bereits mehrfach im Ausschuss für Umwelt und Verkehr behandelt wurde. Die Verwaltung habe diese Sperrung seinerzeit auch begündet. Auch nach der Behandlung im Ortsrat seien keine neuen Erkenntnisse bzw. kein anderes Ergebnis als das derzeitige für **Herrn Peters** vorstellbar.

Herr Schulz bestätigte die Ausführungen von Frau Vierke, stellte aber fest, dass der Rat beschließen könne, die Angelegenheit in den Ortsrat zu überweisen. Das Schreiben des Bürgers und viele seiner Argumente seien nachvollziehbar.

Herr Baxmann schlug vor, dass eine Fraktion im Ortsrat einen Antrag dazu stelle. Er sprach sich für eine Abstimmung im Sinne der Vorlage sowie die Kenntnisnahme aus. So sei das Verfahren nach der Kommunalverfassung ordnungsgemäß.

Einstimmig bei 5 Enthaltungen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Petition wird zur Kenntnis genommen.

- 7. Vorzeitige Entlassung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Otze
Vorlage: 2016 1059**
-

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die Entlassung von Tim Kories mit Wirkung zum 01.04.2016 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Otze.

- 8. Unterbringung von Asylbewerbern/-bewerberinnen und Flüchtlingen in der Stadt Burgdorf;
- Satzungsrecht -
Vorlage: 2016 1093**
-

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

a) Von der dem Originalprotokoll als Anlage 3 beigefügten Kalkulation der Gebühren für die Benutzung der Unterkunft Am Kieswerk (Sorgenser Dreieck) für Asylbewerber/-bewerberinnen und Flüchtlinge in der Stadt Burgdorf wird Kenntnis genommen.

b) Die dieser Vorlage und dem Originalprotokoll als Anlage A beigefügte „1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Unterkünfte für Asylbewerber/-bewerberinnen und Flüchtlinge in der Stadt Burgdorf“ wird beschlossen.

- 9. Beendigung der Mitgliedschaft im Klimabündnis und in der Arbeitsgemeinschaft Limnologie und Gewässerschutz
Vorlage: 2016 1030**
-

Mit 31 Jastimmen und 1 Neinstimme fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Limnologie und Gewässerschutz (AIG) und im Klimabündnis wird nicht gekündigt.

- 10. Dialogforum Schiene Nord - Abschlussdokument - Formulierung des Beschlussvorschlags
Vorlage: 2015 1010/1**
-

Frau Meinig dankte dem Forum und der Verwaltung im Namen der Mehrheitsgruppe. Die Mitarbeit sei sicher nicht einfach gewesen, mit dem Wissen, dass alle Varianten nachteilige Auswirkungen, z.B. erhöhter Güterverkehr, für die eigene Kommune haben. In dem Papier werde deutlich, wie darum gerungen wurde. Die im Forum entwickelten Bedingungen eröffnen die Chance, in den betroffenen Kommunen Vorteile zu generieren. Für Burgdorf seien der Lärmschutz über das gesetzliche Maß hinaus sowie die Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge, z.B. in Ehlershausen und Otze, wichtig. Die favorisierte Alphavariante erscheine mit diesen neun Bedingungen als die vertretbarste. Unter dem Vorbehalt, dass die Bahn die neun Bedingungen akzeptiere und es ein transparentes Verfahren in enger Abstimmung mit der Stadt und den beteiligten Gremien gebe, werde die Mehrheitsgruppe zustimmen. **Frau Meinig** äußerte die Hoffnung, dass die Bahn nach den Erfahrungen mit Stuttgart 21 kein Interesse daran habe, Maßnahmen ohne Akzeptanz in der Bevölkerung durchzusetzen. In diesem Zusammenhang werde auch die Gründung der Bürgerinitiative (BI) in Otze als positiv und hilfreich angesehen.

Herr Fleischmann erklärte, dass er zustimmen werde. Vor dem Hintergrund, dass sich die Zahl der Züge/Güterzüge ungefähr verdoppele, bedauerte er, dass die Bahn rechtlich nicht verpflichtet sei, für hinreichenden Lärmschutz zu sorgen. Er erwarte von der Stadtspitze und insbesondere von dem Bürgermeister, dass die Interessen Burgdorfs deutlich artikuliert werden. Die Bahn müsse, bevor sie nach Ehlershausen, Burgdorf und Otze einfahre, tiefergelegt werden, das vermisse er in der Vorlage. Gleiches habe er auch in der Region vermisst, als das Thema ebenfalls diskutiert wurde. Diese Forderung habe er auch dort zu Protokoll gegeben. Die Tieferlegung diene nicht nur dem Lärmschutz, sondern auch dem Thema Wartezeit an den Bahnübergängen in Otze und Ehlershausen. Er forderte den Bürgermeister und die Verantwortlichen der Stadt auf, entsprechenden Druck zu machen. Für **Herrn Fleischmann** und die Partei "Die Linke" sei die Forderung der Troglösung unabdingbar und die einzige vernünftige Variante.

Herr Baxmann erklärte, dass diese bereits gefordert werde.

Herr Hunze erinnerte daran, dass vor 4 Jahren die Gefahr der Verlängerung der Y-Trasse nach Burgdorf über Otze gesehen wurde. Während dieser 4 Jahre habe sich die Politik kaum bzw. die Bevölkerung gar nicht dafür interessiert. Die Verwaltung habe die Sorgen aufgenommen und im Forum diskutiert, mit dem Ergebnis, das es heute zu beschließen gelte. Das sei die einzige Chance gewesen, mitzudiskutieren. Erst dann könne über eine Troglösung gesprochen werden. Damit die Politik unterstützt werde, haben die Otzer eine BI gegründet. Das sei erforderlich, damit die Verwaltung mehr Aussagekraft habe. Die Burgdorfer und Ehlershäuser können sich nach Kenntnis von **Herrn Hunze** der BI Otze anschließen. Die jetzt erreichte Form sei sehr wichtig. Die Unter- bzw. Überführung werde ein großes Ziel sein und nicht von heute auf morgen umzusetzen sein. Die CDU werde der Vorlage zustimmen.

Herr Apel stellte fest, dass man faktisch und rechtlich keinen Hebel gehabt habe, um irgendetwas gegen die Bahn durchzusetzen oder etwas zu fordern. Das vorliegende Abschlussdokument sei ein Verhandlungserfolg.

Herr Schulz führte aus, dass man an Altstrecken wie Celle, Lehrte, Burgdorf, Sehnde und Hildesheim wenige Möglichkeiten habe. Infolgedessen sei es ein gutes Ergebnis, was die Verwaltung bzw. der Dialogkreis erreicht habe. **Herr Schulz** äußerte den Wunsch und verband damit die Hoffnung,

dass mit der Unterstützung der BI das Bestmögliche in Bezug auf den Lärmschutz erzielt werden könne. Die gesamte Strecke tiefer zu legen, wird nicht machbar sein. Ein Tunnel anstelle der Tieferlegung wäre bereits ein großer Erfolg. Die WGS werde so zustimmen.

Herr Baxmann begrüßte die Gründung der BI in Otze ausdrücklich. Das Dialogforum sei der erste wesentliche Schritt gewesen. Um das Dialogforum als Möglichkeit zu bekommen, habe man bereits gemeinsam mit den Bundestagsabgeordneten, den Vertretern vom Land und der Bahn hinter den Kulissen arbeiten müssen. Hätte jeder in der Diskussion über den Trassenverlauf ein „nein“ formuliert, hätte es in der Sache nicht weiter geholfen. Es sei jedem bewusst gewesen, dass der Güterverkehr von der Küste ins Innenland stattfinden müsse. Unabhängig davon, wo die Trasse entlang verlaufe, Bedingungen zu formulieren, sei der richtige Weg gewesen. **Herr Baxmann** führte aus, die Stadt sei mit den Städten Celle, Neustadt a. Rbge. und Nienburg/Weser im Projektbeirat vertreten. Burgdorf vertrete dabei auch die Interessen von Lehrte und Sehnde, gemeinsam spreche man für mehr als 100.000 Einwohner.

Herr Köneke beurteilte dieses Zwischenergebnis als sehr positiv. Die Diskussion über die Y-Trasse habe man dank der Mitgliedschaft von Burgdorf in den Foren miterleben können. Die vor längerer Zeit getroffene Entscheidung, nicht einfach nein zu sagen, sondern im Gespräch zu bleiben, sei die richtige Strategie gewesen. Über diese Strategie sei man sich auch bei der SuedLink-Trasse einig gewesen. Aufgrund dieser großen Bürgerbeteiligung beim SuedLink habe die Bundesregierung die Voraussetzungen für die Trasse SuedLink grundlegend geändert. Die geforderte Erdverkabelung, besonders in Ballungsräumen, stehe heute im Gesetz. Das lasse hoffen. **Herr Köneke** betonte die Wichtigkeit der Gründung der BI in Otze. Es werde mit langem Atem daran gearbeitet werden müssen, da das Thema nicht in 2-3 Jahren erledigt sein wird.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf nimmt das Abschlussdokument zum Dialogverfahren Schiene Nord vom 05.11.2015 zur Kenntnis und stimmt den Inhalten unter der Bedingung zu, dass die im Abschlussdokument formulierten Bedingungen erfüllt werden.

Die Zustimmung zur Alphavariante Planfall E ist verknüpft mit der Erwartung, dass konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Alphavariante Planfall E und der im Abschlussdokument formulierten Bedingungen im Vorfeld mit der Stadt Burgdorf bzw. den betroffenen Ortsräten ergebnisoffen abgestimmt und die Belange der Stadt Burgdorf hinreichend berücksichtigt werden.

11. 58. Änderung des Flächennutzungsplans (Kernstadt Südost) - Feststellungsbeschluss Vorlage: 2016 1057

Herr Fleischmann erklärte, dass er der Vorlage nicht zustimmen werde. Der Bereich werde von Spaziergängern und Hundehaltern genutzt. Er fürchte um den Erhalt dieses Bereichs als Naherholungsgebiet.

Einstimmig bei 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt:

A Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen

- der in der Zeit vom 27.07.2015 bis 10.08.2015 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,
- der mit Schreiben vom 21.07.2015 durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,
- der in der Zeit vom 23.11.2015 bis 23.12.2015 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und
- der mit Schreiben vom 19.11.2015 durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.

Der Rat beschließt die in Kapitel 7. der Begründung 'Beteiligungsverfahren' beschriebenen Abwägungsvorgänge.

B Feststellungsbeschluss:

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung die 58. Flächennutzungsplanänderung in der Fassung des Planteils vom 15.02.2016.

Der Rat beschließt, der Flächennutzungsplanänderung beizufügen

- die Begründung in der Fassung vom 15.02.2016 sowie
- die zusammenfassende Erklärung gemäß § 6 (5) BauGB, die auf Seite 47 der Begründung wiedergegeben ist.

12. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Die Fragen und Antworten sind als Anlage 4 dem Protokoll beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer